

**ERHARD CROME:**

## **WEG IN DEN KRIEG 1914 ANMERKUNGEN ZUM VERSAGEN DER AUßENPOLITISCHEN PERZEPTION<sup>1</sup>**

Nach dem ersten Weltkrieg mit all seinen Verbrechen und der Russischen Revolution ging die Analyse aus kommunistischer Sicht davon aus, dass dem kapitalistischen Privateigentum Konkurrenz entspringt und diese zu krisenhafter Entwicklung führt, die in Imperialismus und Krieg mündet. «Der imperialistischen Politik, die die ‚Großmächte‘ führten, musste früher oder später der Zusammenstoß folgen. Es ist ganz klar, dass diese räuberische Politik *aller* ‚Großmächte‘ die Kriegsursache war.»<sup>2</sup> Dieser Krieg «musste ein Weltkrieg werden», weil alle Mächte «miteinander durch die gemeinsame Weltwirtschaft verbunden» waren.<sup>3</sup> So war Konsequenz die Alternative: «*Allgemeine Auflösung oder Kommunismus?* Die sich entwickelnde Revolution wird aus denselben Gründen zu einer *Weltrevolution*, aus welchen der imperialistische Krieg zum imperialistischen *Weltkrieg* wurde.»<sup>4</sup>

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist anders verlaufen: (1) Die Weltrevolution blieb aus, der reale Sozialismus war auf die Sowjetunion und nach 1945 weitere Teile Europas und Asiens beschränkt. (2) Der Kapitalismus entwickelte sich weiter krisenhaft, blieb aber funktions- und in dem von ihm beherrschten Teil der Welt hegemoniefähig. (3) Der zweite Weltkrieg, den Deutschland 1939 vom Zaune brach, ließ sich nicht linear aus dem Kapitalismus und analog zum ersten erklären, aber auch nicht vordergründig aus der «Systemkonkurrenz» zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt. (4) Der reale Sozialismus brachte seine eigenen Kriege hervor. Selbst wenn man von der Beteiligung der Sowjetunion an der Zerschlagung Polens 1939 und dem sowjetisch-finnischen Krieg 1940 absieht, sind die Kriege zwischen der Sowjetunion und China 1970, China und Vietnam 1980 und der sowjetische Afghanistankrieg 1979 bis 1989 eindeutig aus den politischen Dispositionen der beteiligten «sozialistischen» Länder heraus zu erklären.

Einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krise und Krieg gab es stets. Er war jedoch nie so linear, wie vor neunzig Jahren vielfach angenommen. Kriege waren zuweilen «Ausweg» aus Krisen, um von inneren Problemen abzulenken oder durch Raub wirtschaftliche und soziale Probleme zu kaschieren. Aber Kapitalismus und Profit führen nicht automatisch zu Krieg. Krieg wird immer gemacht. Deshalb hat die Friedensbewegung auch heute die Chance, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Und deshalb ist es auch in Bezug auf den Weg in den ersten Weltkrieg wichtig, sich mit dem außenpolitischen Perzeptionsproblem zu befassen – außenpolitische Entscheidungen werden in aller Regel nicht auf der Grundlage der «tatsächlichen» Lage getroffen, sondern unter der Voraussetzung, wie die Entscheider diese Lage einschätzen. Historiker, die 100 Jahre später die Akten, Texte und Darstellungen aller Seiten kennen, haben es leichter. Aber sie haben nichts zu entscheiden, außer, wie sie das Gewesene darzustellen gedenken.

---

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung des Vortrages auf dem 18. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Sicherheitspolitik: „Das Jahr 1914 und die Frage von Krieg und Frieden im 20. Jahrhundert“ am 29. August 2014.

<sup>2</sup> N. Bucharin, E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, S. 103.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 105.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 127. Alle Hervorhebungen im Original.

## Das Perzeptionsproblem

Am 28. Juni 1914 wird in Sarajevo der Habsburgische Thronfolger Franz Ferdinand durch serbische Nationalisten ermordet. Am 23. Juli, das heißt vier Wochen später, wird der serbischen Regierung ein Ultimatum Österreich-Ungarns überreicht, das auf 48 Stunden befristet ist. Serbien, das auf die Unterstützung Russlands rechnen kann, nimmt an, bis auf Punkte, die die serbische Souveränität verletzen. Österreich erklärt deshalb Serbien am 28. Juli 1914 den Krieg. Russland macht mobil, Deutschland betrachtet dies als Bedrohung und erklärt am 1. August Russland den Krieg; am 3. August erklärt Deutschland Frankreich den Krieg und am 4. August Großbritannien Deutschland. Damit war der Große Krieg ausgelöst.

Die Perzeption zu untersuchen heißt zu fragen, was in den mehr als vier Wochen zwischen der Ermordung des Thronfolgers und dem Beginn des Krieges geschehen ist, wer auf Grund welcher Voraussetzungen welche Entscheidungen getroffen hat und warum. Dabei spielte die Sicht auf die eigenen Interessen, aber auch auf Bedrohungsanalysen, Vorannahmen und eigene Möglichkeiten eine wichtige Rolle. Zugleich aber auch die Unfähigkeit, die Gegenseite zu verstehen und die Gesamtsituation wahrzunehmen. Zugleich waren die Entscheidungen von den Eigenheiten des jeweiligen politischen Systems und der innenpolitischen Lage geprägt.

Insofern reicht eine reine Ereignis- und Diplomatiegeschichte der Julikrise 1914 nicht aus. Selbst Darstellungen der Julikrise beginnen mit der imperialistischen Konkurrenz seit Jahrhundertbeginn, dem Verweis auf den Burenkrieg und die Intervention in China<sup>5</sup> bzw. auf das europäische Bündnisystem, das seit den 1870er Jahren entstanden war.<sup>6</sup> Hallgarten beginnt sein großes Werk über den Imperialismus vor 1914 mit einer Darstellung der Besonderheiten der frühenglischen Expansion, den Stuarts und der Expansionspolitik unter Cromwell sowie der französischen Expansion seit dem Sonnenkönig.<sup>7</sup> Immanuel Geiss datiert den Beginn der Vorgeschichte des ersten Weltkrieges mit dem Wiener Kongress.<sup>8</sup> Christopher Clark betont in seinem viel diskutierten Werk zum ersten Weltkrieg die «Polarisierung Europas» seit 1887.<sup>9</sup> In diesem Sinne ist der Verweis wichtig, dass im Hintergrund des ersten Weltkrieges nicht nur die außereuropäische imperialistische Konkurrenz stand, sondern auch die Staatenkonkurrenz in Europa, die aus dem «Konzert der Mächte» resultierte.

Die deutsche Reichseinigung auf dem Wege von drei preußisch geführten Kriegen hatte das europäische Gleichgewicht verändert. «Vor 1870 hatte Frankreich sich im Interesse der eigenen Sicherheit die Unstimmigkeiten unter den einzelnen deutschen Staaten zunutze machen können», betont George Kennan. «Wenn es sich aus der Isolation herausarbeiten wollte, in die es sich seit dem unglücklichen Ausgang des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 gedrängt sah, so war es nunmehr genötigt, sich nach Unterstützung außerhalb Deutschlands umzusehen, nach Unterstützung gegen das geeinte Deutschland, dem es sich allein nicht gewachsen fühlte.» Dafür kamen Österreich und Russland in Frage. Österreich hatte trotz der Niederlage 1866 und der Herausdrängung aus der deutschen Einigung keine Revanchegefühle und war Ende der 1870er Jahre bereits mit Deutschland verbündet. Russland dagegen hatte den deutschen Einigungskriegen wohlwollend gegenüber gestanden, sah sich aber wachsenden Problemen mit der deutschen Politik gegenüber.<sup>10</sup> In diesem Sinne war das französisch-russische Bündnis zunächst in der geopolitischen Mächtekonstellation Europas begründet. Eine kluge deutsche Politik hätte dem entgegenwirken müssen, um eine solche «Einkreisung» zu verhindern. Großbritannien stand vor der Frage, ob es sich als imperiale Macht, die vor allem weltweite Interessen hatte, in diese europäischen Mächtekonstellationen hineinbegibt, oder ob es eher außerhalb bleibt, als Garantmacht eines

---

<sup>5</sup> Vgl. Willibald Gutsche, Fritz Klein, Joachim Petzold: Von Sarajevo nach Versailles. Deutschland im ersten Weltkrieg, Berlin: Akademie-Verlag 1974, S. 12ff.

<sup>6</sup> Vgl. Annika Mombauer: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg, München: Beck Verlag 2014, S. 15.

<sup>7</sup> Vgl. George W. F. Hallgarten: Imperialismus vor 1914. Soziologische Darstellung der deutschen Außenpolitik bis zum ersten Weltkrieg. Erster Band, München: Beck Verlag 1951. Für die oben zitierte zweite Auflage, deren Titel etwas modifiziert wurde, hat der Autor insbesondere diesen ersten Teil etwas gekürzt; deshalb hier der Verweis auf die erste Auflage.

<sup>8</sup> Vgl. Immanuel Geiss: Der Lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1815-1914, München, Zürich: Piper Verlag 1991.

<sup>9</sup> Vgl. Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München: Deutsche Verlags-Anstalt 2013, S. 169ff.

<sup>10</sup> George F. Kennan: Bismarcks europäisches System in der Auflösung. Die französisch-russische Annäherung 1875 bis 1890, Frankfurt a.M. u.a.: Propyläen Verlag 1981, S. 15f.

europäischen Gleichgewichts. Zugleich hatte es am Beginn des 20. Jahrhunderts jeweils eigene Konfliktfelder mit Frankreich, Russland und Deutschland.

## Verkürzte Perspektiven

Das Buch von Christopher Clark war kaum auf Deutsch erschienen, wurde es unter sich als links verstehender Perspektive als rein ideologischer Vorgang zur Reinwaschung des deutschen Imperialismus interpretiert. Der Historiker Wolfram Wette befürchtete bereits im Herbst 2013 eine «geschichtspolitische Wende».<sup>11</sup> Kurt Pätzold nennt Clarks Buch eine «missglückte Geschichte des Ersten Weltkrieges»<sup>12</sup> und moniert die Verlags-Reklame: Sie empfehle es «mit der Hervorhebung, es stelle infrage, 'was bisher als Konsens unter Historikern galt, dass Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Krieges trägt'. [...] Die Schuld oder Unschuld des Kaiserreiches am Absturz in den Krieg war demnach nicht größer oder kleiner als die anderer Großmächte.»<sup>13</sup> In einer eigenen Schrift erklärt Pätzold noch einmal die «Fischer-Kontroverse» in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der 1960er Jahre und meint, im Hinblick auf den 100. Jahrestag des Beginns des ersten Weltkrieges sei «zweierlei nicht vorauszusehen» gewesen: «Erstens, dass ein halbes Jahrhundert nach dem Erscheinen von Fischers Schrift, welche die deutsche Weltkrieg-I-Historiographie von Dogmen befreite, ein Versuch unternommen werden würde, hinter die Revision von 1961 zurück zu gelangen. Und zweitens, dass dieser Versuch von einem Australier ausgehen würde, der im englischen Cambridge Geschichte lehrt. Vorauszusehen wäre hingegen gewesen, dass [...] dem revisionistischen Täter in der Bundesrepublik Beifall gezollt werden würde».<sup>14</sup> Damit hat Clark gleich noch ein Etikett: «revisionistischer Täter». Nähme man das ernst, stellte ihn das außerhalb der Wissenschaft.

Der Politikwissenschaftler Stefan Bollinger betont ebenfalls den ideologischen Charakter der neueren Publikationen. So müsse «die heutige Kritik an Fritz Fischer als Symptom einer Rechtfertigungs-ideologie für die Wiederkehr des Militärischen und des Krieges in die internationale, auch deutsche Politik ernstgenommen werden. Fischers Studien und deren konsequente Untersetzung in der Diskussion der 1960er Jahre in der alten Bundesrepublik eröffnete eine besondere Perspektive, die bislang und heute wieder bewusst ausgeblendet wird: Den untrennbaren Zusammenhang von Wirtschaft und Politik.»<sup>15</sup> Der Historiker Detlef Bald meint dagegen, die Frage nach der besonderen Schuld Deutschlands am ersten Weltkrieg habe gegenüber den 1920er und 1930er «an Brisanz verloren»: «Denn es gibt eindeutige Ursachen, zu denen vorrangig die militärpolitischen Doktrinen und zentralen Planungen des deutschen Generalstabs zu rechnen sind. Hier finden sich harte Fakten, ohne die der Kriegsbeginn nicht zu erklären ist. In Berlin und Wien beseelte mit hoher Intensität Politik und Militär, benachbarte Territorien zu erobern. Wiens Interesse ging hin zum Balkan, um in Serbien *aufzuräumen*, das Deutsche Reich suchte Arrondierung im Westen wie im Osten. Diese Expansionsabsichten, gerade auch in präventiver Absicht, machen die Differenz zu den übrigen europäischen Staaten aus.»<sup>16</sup>

In den vergangenen Jahren ist allerdings eine Reihe neuerer Arbeiten erschienen, in denen die Interessenwahrnehmungen, Perzeptionen und Vorgehensweisen der entscheidenden europäischen Regierungen im Sommer 1914 anhand umfangreicher Aktenstudien dargestellt werden, die tiefere Einblicke ermöglichen und in die früheren Untersuchungszusammenhänge hineingestellt werden müssen. Es greift zu kurz, diese lediglich als ideologische Vorgänge zur Kenntnis zu nehmen. Es kann nicht «politisch korrekt» sein, was wissenschaftlicher Grundlegung nicht standhält.

---

<sup>11</sup> Neues Deutschland, Berlin, 30. September 2013, S. 6.

<sup>12</sup> Neues Deutschland, 2./3. November 2013, S. 25.

<sup>13</sup> Neues Deutschland, 11./12. Januar 2014, S. 25.

<sup>14</sup> Kurt Pätzold: 1914. Das Ereignis und sein Nachleben, Berlin: Verlag am Park 2014, S. 87.

<sup>15</sup> Stefan Bollinger: Weltbrand, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege. Fragen an den „Großen Krieg“, Berlin: Verlag am Park 2014, S. 64.

<sup>16</sup> Detlef Bald: Die deutsche Katastrophe – 1914. Zu einer langen Kontinuität der Geschichte. In: Detlef Bald, Wilfried Schreiber: Deutsches Militär und deutsche Außenpolitik 1914 – 2014, Dresden: DSS-Arbeitspapiere, Heft 111/2014, S. 5. Hervorhebung im Original.

## Deutschland vor 1914

Die große Industrie, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in keinem Land außer den USA so rasch entwickelt hatte, wie in Deutschland, schien einer imperialistischen Außenpolitik die Mittel zu liefern. Paul Michaelis schrieb kurz vor dem ersten Weltkrieg: «Das deutsche Volk steht, wie mich dünkt, an einem Wendepunkt seines politischen Lebens. Allgemein fast ist die Überzeugung verbreitet, dass es in der bisherigen Weise nicht lange mehr weiter gehen könne. Und gerade die rückschauende Betrachtung der beiden letzten Dezennien bestärkt uns in der Auffassung von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände. Irgend ein Ausweg muss gesucht werden.»<sup>17</sup> Wer hätte damals gedacht, dass die Unhaltbarkeit der politischen Zustände Deutschlands in seine spezifische Verantwortung für den Ausbruch des ersten Weltkrieges münden würde? Und der Ausweg erst in der Revolution von 1918 lag? So folgt, dass der Weg Deutschlands in den Krieg nicht vor allem außen-, sondern innenpolitische Gründe hatte. «Während die fortdauernde Staatskrise Reformen immer dringender machte, blockierten Adel und Schwerindustrie jeden Schritt der Demokratisierung und versuchten, durch das Herbeiführen einer Staatsstreichsituation das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Da dies nicht gelang, drängten sie unter Berufung auf den Generalstab auf einen Krieg, der ihre bedrohte Vormachtstellung wieder festigen sollte. Der überwiegende Teil des bürgerlichen Lagers sekundierte ihnen dabei und rief angesichts der Einkreisung Deutschlands [...] ebenfalls nach dem Krieg.»<sup>18</sup>

Der Dilettantismus der Verantwortlichen ging bis in die militärischen Planungen, die politische Inkonsistenz bis in die außenpolitische Strategie. Das Heer plante einen Krieg gegen Frankreich und Russland, die Marine einen Krieg gegen Großbritannien. Hier wiederum waren die «weltpolitischen» Überlegungen nie so weit gediehen, dass konkrete Ziele definiert worden wären. Die deutsche Flotte sollte so weit aufgerüstet sein, dass Großbritannien einen Krieg mit Deutschland nicht riskieren würde und sich den deutschen Forderungen fügen müsste. «Die strategische Planung eines Krieges gegen Russland hätte von einer Außenpolitik flankiert sein müssen, die sich bemühte, zumindest die Neutralität Englands zu sichern. Eine strategische Planung für einen Krieg gegen England hätte einer Außenpolitik bedurft, die auf die Sicherung der Freundschaft Russlands bedacht gewesen wäre.»<sup>19</sup>

Mit dem Schlieffen-Plan sollte der Zweifrontenkrieg gewonnen werden, indem zuerst Frankreich geschlagen wird und sich die deutschen Truppen dann gegen Russland wenden. Der völkerrechtswidrige Durchmarsch durch Belgien war von vornherein mitgedacht; und die deutsche «Großmacht» war dann erstaunt, dass sich Belgien – das seit seiner Gründung eine Garantieerklärung Großbritanniens hatte – den deutschen Truppen mit all seinen Kräften entgegenstellte. Einen anderen Plan hatte der so hochgelobte deutsche Generalstab jedoch nicht. Und als Wilhelm II. – völlig entnervt – am Ende der Julikrise fragte, ob man die Armee nicht gegen Russland einsetzen könne, antwortete der Generalstabschef, dass es nur diesen gäbe, und die Mobilisierung ließe sich nicht von einem Tag auf den anderen umstellen. Doch bereits Anfang September 1914 war die Entscheidungsschlacht gegen Frankreich an der Marne verloren, im November gegen die Briten bei Ypern und Langemarck. Damit war die Blitzkriegsstrategie gescheitert; einen Ermattungskrieg musste Deutschland, angesichts der Ressourcen der kriegsführenden Seiten, ohnehin früher oder später verlieren. Den Ausweg suchte die deutsche Reichsleitung in immer größeren Verbrechen: Giftkrieg zu Lande, völkerrechtswidriger U-Boot-Krieg zur See. Die Abrichtung des «totalen Soldaten» war die wehrpolitische Antwort auf die verfahrenere Situation.<sup>20</sup> Sie schuf am Ende jenen Menschentyp, der, ideologisiert und fanatisiert, die Verbrechen des Nationalsozialismus möglich machte. Der zweite Weltkrieg war Folge des ersten.

Nachdem der Krieg ausgebrochen war, wurde eine ausgreifende Kriegszieldebatte in Deutschland geführt; die Kriegsziele waren nicht wirklich klar. Zurecht wird in textanalytischen Arbeiten darauf verwiesen, wie bereits die Kriegszieldebatten Deutschlands im ersten Weltkrieg völlig maßlos waren und immer maßloser wurden. Nur: diese Debatten wurden wesentlich nach Ausbruch des Krieges geführt. Zuerst hatten der Kaiser, seine Militärs und die Reichsregierung das Land in den Krieg manövriert, und danach wurde in den unterschiedlichen Kreisen der herrschenden Klassen, die alle die Reichsleitung beeinflussen wollten,

---

<sup>17</sup> Paul Michaelis: Von Bismarck bis Bethmann. Die Politik und Kultur Großpreußens, Berlin und Leipzig: Schuster & Loeffler 1911, S. 8.

<sup>18</sup> Heiner Karuscheit: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg: VSA Verlag 2014, S. 243.

<sup>19</sup> James Joll: Die Ursprünge des ersten Weltkrieges, München: List Verlag 1988, S. 103-106, Zitat S. 104.

<sup>20</sup> Vgl. Eva Horn: Der totale Soldat. Zur anthropologischen Konstruktion des Kriegers zwischen 1914 und 1939. In: Berliner Debatte Initial, Nr. 1/1999, S. 90ff.

debattiert, was man mit diesem Krieg eigentlich erreichen wollte.

Vergleichende Betrachtungen von Reden und Texten von Wissenschaftlern, Publizisten, Politikern, Wirtschaftsverbänden, zum Teil seit Mitte des 19. Jahrhunderts (zitiert wird gern Friedrich List), lassen eine bestimmte Kontinuität von Überlegungen zum Platz Deutschlands in der Welt und in Europa, zu veränderten Raumordnungen auf der Grundlage von Eroberungen usw. deutlich sichtbar werden. Einschlägige Textsammlungen zielen auf den Nachweis ununterbrochener Abfolge.<sup>21</sup> In neuerer Zeit hat sich der Historiker Sönke Neitzel in seiner Habilitationsschrift mit diesem Thema befasst, das er unter einer vor allem Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die USA vergleichenden Perspektive «Weltreichslehre» genannt hat. Gemeinhin galten am Anfang des 20. Jahrhunderts Großbritannien (mit seinem Kolonialreich), die USA und Russland als Weltreiche, während in Deutschland diskutiert wurde, denen gegenüber nicht gleichrangig zu sein, obwohl es seinerzeit militärisch und wirtschaftlich eines der führenden Länder war. «Für die Anhänger der Weltreichslehre war die politische Lage am Ende des 19. Jahrhunderts eindeutig. Nach den Gesetzmäßigkeiten des weithin akzeptierten Sozialdarwinismus konnte Deutschland unmöglich im Zustand der späten Bismarckzeit verharren. Die offensichtliche Überlegenheit der drei Weltreiche musste über kurz oder lang zum eigenen Untergang führen. [...] Ohne Raumerweiterung [...] werde das deutsche Volk von den Weltvölkern zerquetscht oder an innerer Fäulnis zugrunde gehen.»<sup>22</sup> Es wurden der Erwerb überseeischer Kolonien und eine Machterweiterung in Mitteleuropa diskutiert, wobei letztere zwei Varianten hatte: eine Kontinentalexpansion mittels weiträumiger Annexionen bzw. die Schaffung eines mitteleuropäischen Zusammenschlusses auf wirtschaftlicher Ebene.

Neitzel hat jedoch eine Denkrichtung analysiert, nicht deren Relevanz für die gemachte Politik. In diesem Sinne stellt er fest: «Die weit ausufernde Kontinentalexpansion Deutschlands war eine extreme Form der Machtausdehnung, die in der Publizistik wie in der Politik ihrer Zeit kaum Befürworter fand.» Resümierend heißt es dann: «In der Publizistik hatte die Weltreichslehre ab 1906 nur eine untergeordnete Bedeutung. Ihre Gedanken wurden aber in der Diskussion gehalten und stellten einen Vorgriff auf die Kriegszieldiskussionen des Ersten Weltkrieges dar.»<sup>23</sup> In diesem Sinne kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Weltreichsvorstellungen von Anfang des 20. Jahrhunderts das Konzept für die Herbeiführung des ersten Weltkrieges lieferten, sondern sie boten nach dessen Anzettelung, bei der der deutsche Kaiser und die Reichsregierung eine zentrale Rolle gespielt hatten, die Folie, auf der sich ausufernde Kriegszieldebatten austoben konnten.

## Österreich-Ungarn

Österreich war unter den Großmächten Europas 1914 gewiss die schwächste, aber immer noch Großmacht. Die Niederlagen in den Einigungskriegen Italiens (1859) und Deutschlands (1866) hatten die Habsburger Monarchie auf den Donauroum zurückgeworfen. Zugleich stand sie seit dem 18. Jahrhundert in Konkurrenz mit Russland um Einfluss auf dem Balkan und in Osteuropa. Nachdem die Dreikaiserabkommen (Österreich-Ungarn, Russland und Deutschland) der 1870er und 1880er Jahre gescheitert waren, waren Wien und St. Petersburg 1897 übereingekommen, den Balkan «auf Eis zu legen». Noch 1903 arbeiteten beide daran, durch ein Reformprogramm den drohenden Aufstand in der osmanischen Provinz Mazedonien zu verhindern. Im Gefolge der Niederlage Russlands im russisch-japanischen Krieg und der Revolution von 1905 verstärkten sich in Russland jedoch Nationalismus und Panslawismus.<sup>24</sup>

Die «Bosnische Annexionskrise» 1908/09 beendete das Einvernehmen und führte Europa an den Rand eines Krieges. Die jungtürkische Revolution im Sommer 1908 wollte ein Ende der Erosion der Grenzen des

---

<sup>21</sup> Genannt seien: Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge (Hrsg.): *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*, Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975; Reinhard Opitz (Hrsg.): *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1977.

<sup>22</sup> Sönke Neitzel: *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh 2000, S. 117.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 126f., 210.

<sup>24</sup> F. R. Bridge: *Die Außenpolitik der Donaumonarchie*. In: Mark Cornwall (Hrsg.): *Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts*, Essen: Magnus Verlag 2006, S. 32f.

Osmanischen Reiches erreichen, die vom Sultan suspendierte Verfassung von 1876 wieder in Kraft setzen und ein gewähltes Parlament einsetzen, in das Abgeordnete aus allen Provinzen des Reiches entsandt werden. Das stellte die Frage nach der Zukunft jener Gebiete, die faktisch unter anderer Verwaltung standen, formal-juristisch jedoch der türkischen Souveränität unterstanden. Österreich-Ungarn hatte auf Grundlage des Berliner Kongresses 1878 Bosnien und Herzegowina okkupiert und seither verwaltet; das Gebiet gehörte jedoch noch zum Osmanischen Reich und der 1878 vertraglich vereinbarte Besatzungsstatus lief 1908 aus. Am 5. Oktober 1908 erklärte Österreich-Ungarn einseitig die Annexion von Bosnien-Herzegowina, d.h. die Unterstellung unter eigene Souveränität. Aus österreichischer Sicht war sie nicht gegen Russland gerichtet, sondern sollte die Stellung der Donaumonarchie in Südosteuropa festigen und verhindern, dass das Gebiet an Serbien fällt. Der österreichisch-ungarische Außenminister Alois Lexa von Aehrenthal kam mit seinem russischen Pendant Alexander Iswolski am 16. September 1908 auf dem mährischen Schloss Buchlau zu einem geheimdipomatischen Treffen zusammen. Russland hatte im Grunde nichts gegen die Annexion, bestand nur auf Gegenleistungen. Die sollten darin bestehen, dass sich Österreich für das russische Durchfahrtsrecht durch die Meerengen verwannte, das seiner Flotte seit dem Krimkrieg verwehrt war. Nach der Annexion erhob sich international ein Sturm der Entrüstung. Das Osmanische Reich protestierte und es kam zu einem Boykott österreichischer Waren. Serbien verlangte territoriale Kompensationen. Iswolski leugnete, sich je mit Aehrenthal geeinigt zu haben, und Russland erklärte seine Unterstützung für die türkischen Proteste und die serbischen Forderungen. Serbien, Österreich und Russland machten mobil.

Der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow unterstützte die Doppelmonarchie, vermittelte einen Ausgleich zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich und forderte Russland auf, endlich die Annexion anzuerkennen. Es war die Drohung mit einem militärischen Konflikt. Russland war noch geschwächt von der Niederlage gegen Japan und sich seiner Verbündeten in der Entente noch nicht sicher. Am 23. März 1909 beugte sich Russland dem deutschen Ultimatum und erkannte die Annexion an. Eine «Strafexpedition» Österreich-Ungarns gegen Serbien, ohne dass Russland diese hätte militärisch verhindern können, wäre ein schwererer Schlag für Russlands Großmachtrolle und seine Stellung auf dem Balkan gewesen.<sup>25</sup> Die Militarisierung der Außenpolitik Österreich-Ungarns und Serbiens nahm von hier aus eine neue Entwicklung.

In einem Krieg gegen das Osmanische Reich hatte Italien 1911/12 Libyen erobert. Das war für die Balkanstaaten neuerlich Zeichen osmanischer Schwäche. So folgte der Balkankrieg 1912. Russland förderte nach seiner diplomatischen Niederlage in der Bosnien-Krise ein Bündnis der Balkanstaaten, zunächst Serbiens und Bulgariens; diesem Balkanbund traten dann Montenegro und Griechenland bei. Am Ende verlor das Osmanische Reich fast seine gesamten Besitzungen auf dem Balkan und wurde bis vor die Tore von Istanbul zurückgeworfen. Serbien war Hauptnutznießer des Krieges und faktisch Regionalmacht.<sup>26</sup> Österreich hatte erreicht, dass am Ende die europäischen Großmächte über das Ergebnis des Krieges entschieden, was mit dem Londoner Vertrag am 30. Mai 1913 geschah. Mit Unterstützung Deutschlands und Italiens gelang die Schaffung eines albanischen Staates, der verhinderte, dass Serbien einen direkten Zugang zum Meer erhielt. Um die Verteilung der Beute kam es zu einem zweiten Balkankrieg: Bulgarien, das meinte, zu kurz gekommen zu sein, stand Serbien, Montenegro und Griechenland gegenüber, denen sich Rumänien und das Osmanische Reich zugesellten. Dessen ungeachtet war das Machtgleichgewicht verändert: Die kleinen Balkanstaaten, setzt man ihr Zusammengehen voraus, stellten nun eine Art siebente Großmacht in Europa dar – mit weitreichenden Folgen für Österreich-Ungarn.<sup>27</sup>

Im Oktober 1913 war die Monarchie – wieder mit Unterstützung Deutschlands und Italiens – noch einmal mit einem Ultimatum an Serbien erfolgreich, sich aus Gebieten zurückzuziehen, die nach Londoner Vertrag zu Albanien gehörten, ebenso im März 1914 gegenüber Athen. Das stärkte die Kriegspartei in Wien und verstärkte die Militarisierung der Außenpolitik weiter. Aus österreichischer Sicht konnte sich die Donaumonarchie auf dem Balkan durchsetzen, wenn sie nur entschieden genug auftrat. Und die Unterstützung Deutschlands hatte. Das militärische Kräfteverhältnis hatte die Macht erweitert und den Krieg verhindert. Aus russischer Perspektive dagegen folgte aus den Balkankriegen nicht nur, dass die Zerschlagung des Osmanischen Reiches aktuell wurde, sondern auch, wie Zar Nikolaus II. im April 1913 zum britischen Botschafter sagte, dass «die Auflösung des österreichischen Reiches nur mehr eine Frage

---

<sup>25</sup> Vgl. Jörn Leonhard: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München: Verlag C.H. Beck 2014, S. 54f.; Christopher Clark, a.a.O., S. 123-126; F.R. Bridge, a.a.O., S. 33-36.

<sup>26</sup> Christopher Clark, a.a.O., S. 72f.

<sup>27</sup> F.R. Bridge, a.a.O., S. 42.

der Zeit sei».<sup>28</sup>

Die Morde in Sarajevo stellten aus österreichischer Sicht eine direkte Herausforderung der Stellung der Monarchie in Bosnien dar, aber auch für ihren Verbleib in den Reihen der Großmächte. Es «herrschte Einmütigkeit darüber, dass es im Ausland den Eindruck hervorrufen würde, der Monarchie fehle es am Willen, ihre vitalen Interessen zu verteidigen, wenn sie es verabsäume, mit Heftigkeit zu antworten».<sup>29</sup> Die Verantwortung für den Mord wurde in Serbien gesehen, und das Land hatte aus Sicht der Donaumonarchie alle gegebenen Zusagen gebrochen, geschlossene Verträge nicht eingehalten. Zudem herrschte in Wien derselbe sozialdarwinistische Geist, wie in Berlin: der Stärkere frisst den Schwächeren, der Entscheidungskampf ist unausweichlich.<sup>30</sup> Die Auswertung der Wiener Quellenlage ergibt, dass Kaiser Franz Joseph, der kurz nach Kriegsbeginn 84 Jahre alt wurde, bereits kurz nach der Ermordung des Thronfolgers den Beschluss zum Krieg getroffen hatte. Die Beratung des gemeinsamen Ministerrates am 7. Juli, der den entsprechenden Beschluss fassen sollte, hatte der Kaiser nicht abgewartet, sondern war wieder nach Bad Ischl zur Fortsetzung seines üblichen Sommeraufenthalts gefahren. Den verschiedenen Würdenträgern hatte er in Einzel-Audienzen die entsprechenden Aufträge erteilt, um den Krieg diplomatisch, militärisch und innenpolitisch vorzubereiten. «Franz Joseph war aber wohl schon Tage, wenn nicht Stunden nach dem Attentat zum Entschluss gekommen, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen.» Allfällige Einwände hatte er beiseite geschoben.<sup>31</sup> Und das, bevor Graf Hoyos nach Berlin geschickt wurde, um für Wien erneut die Versicherung der deutschen Bündnistreue einzuholen. Franz Joseph wusste, dass die deutsche Reichsleitung bereits während der Bosnischen Krise «Österreich einen Blankoscheck» ausgestellt hatte, und im Juli 1914 «wurde dieser Blankoscheck präsentiert und prompt eingelöst».<sup>32</sup> Aus Bad Ischl kehrte der Kaiser am 30. Juli, bereits nach Beginn des Krieges gegen Serbien, nach Wien zurück, um fortan selbst Tag für Tag die zentralen Entscheidungen zu treffen, politisch wie militärisch.

## Die Meerengen

Russland hat sich immer weiter ausgedehnt, wurde zum größten, territorial zusammenhängenden Staat in der Welt. Durch die Kriege gegen Schweden erlangte es den Zugang zur Ostsee, eroberte das Baltikum und Finnland, durch die polnischen Teilungen kam es in Richtung Mitteleuropa bis an die Grenzen Österreichs und Preußens, durch die russisch-türkischen Kriege zum Schwarzen Meer, erweiterte seine Territorien im Kaukasus, in Zentralasien und im Fernen Osten. Seit dem 19. Jahrhundert war es ein wichtiges Ziel der russischen Politik, das Osmanische Reich so weit zu schwächen, dass Russland die Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer (Bosporus und Dardanellen) erobern und besetzen kann. Mit dem 10. Russisch-türkischen Krieg 1853 wurde der Versuch gemacht, dies zu erreichen. Großbritannien und Frankreich sahen jedoch einen solchen Sieg Russlands als eine empfindliche Störung des europäischen Gleichgewichts an und traten auf Seiten des Osmanischen Reiches in den Krieg gegen Russland ein. Dieser «Krimkrieg» dauerte bis 1856 und endete mit der Niederlage Russlands. Im Ergebnis des Friedens von Paris 1856 wurde das Schwarze Meer neutralisiert, Russland durfte keine Flotte und keine Seebefestigungen am Schwarzen Meer unterhalten. Die Dardanellen durften nur osmanische Kriegsschiffe und die verbündeter Staaten passieren. Mit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 wurden die Bestimmungen zur Neutralität des Schwarzen Meeres aufgehoben, Russland konnte wieder eine Schwarzmeerflotte bauen und Kriegshäfen befestigen. Die Bestimmungen über die Durchfahrtsrechte durch die Meerengen blieben jedoch erhalten.

Ein wichtiges Ergebnis des Krimkrieges war zugleich, dass der wirtschaftliche und soziale Rückstand des Landes eine wesentliche Ursache für die Niederlage im Krieg war. Es folgten die Aufhebung der

---

<sup>28</sup> Zitiert nach: Sean McMeekin: Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg – Ursprung der Jahrhundertkatastrophe, Berlin: Europa Verlag 2014, S. 45. McMeekin hat nicht nur englische, französische und deutschsprachige Quellen ausgewertet, sondern dank russischer und türkischer Sprachkenntnisse auch Akten beider Länder, die vor ihm niemand angesehen hatte.

<sup>29</sup> F.R. Bridge, a.a.O., S. 43.

<sup>30</sup> Manfred Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918, Wien u.a.; Böhlau Verlag 2013, S. 95, 100. Rauchensteiner hat in jahrelanger Arbeit vor allem die Wiener Archive durchforstet und eine Vielzahl von Quellen neu oder überhaupt ausgewertet.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 94f., 642ff. Zitat S. 643.

<sup>32</sup> Deutschland und die Mächte vor dem Krieg in amtlichen Schriften des Fürsten Bernhard von Bülow ohne seine Mitwirkung herausgegeben von einem Unbekannten. Erster Band, Dresden: Carl Reissner Verlag 1929, S. LXXXI.

Leibeigenschaft (1861), der Bau tausender Kilometer Eisenbahn, am Ende bis zum Pazifischen Ozean, eine sich beschleunigende Industrialisierung Russlands und eine Reihe von Reformen in Verwaltung, Gesellschaft und Militär. Diese Entwicklungen, die auch auf der Auflösung der agrarischen Gesellschaft, sozialem Wandel und Urbanisierung beruhten, führten jedoch zugleich zu wachsenden sozialen, kulturellen und ideologischen Spannungen. Der zaristische Staat war jedoch nicht bereit, auf das Prinzip der Selbstherrschaft zu verzichten. Militär, Verwaltung und Geheimdienst wurden ausgebaut, auf die Bombenanschläge der «Nihilisten», denen auch Zar Alexander II. zum Opfer fiel (1881) reagierte der Staat mit verstärkter Repression. Der Nationalismus wurde verstärkt, Antisemitismus gefördert und der Panslawismus als Fürsorgepflicht des russischen Staates gegenüber den «slawischen Brüdern», vor allem auf dem Balkan, unter dem «Joch» der Türken und Österreicher war Instrument der Außen- wie Innenpolitik. In seiner Arbeit über den russischen Imperialismus hatte bereits Dietrich Geyer darauf hingewiesen, dass der russische Staat nach dem Krimkrieg bewusst nicht auf ein «Primat der Innenpolitik» gesetzt hatte, sondern der imperialen Politik die Aufgabe zugemessen hatte, der Positionsminderung entgegenzuwirken.<sup>33</sup> Das führte zur Expansion Russlands im Kaukasus und in Zentralasien, zu Lasten des Osmanischen Reiches und Persiens. Großbritannien sah das Vordringen Russlands in Asien, bis nach Afghanistan als Bedrohung seiner Kolonialinteressen in Indien an, so dass die Spannungen beider Reiche im «Great Game» als eine Konstante der internationalen Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts galt. Zugleich baute Russland seine Positionen im Fernen Osten aus und schuf sich Einflusszonen in China und Korea. Das brachte Russland in Widerspruch zu Japan, das sich gerade als neue Kolonialmacht zu etablieren bestrebt. Das Ergebnis war die Niederlage Russlands im russisch-japanischen Krieg 1904/05.<sup>34</sup> Die wiederum trug zur Russischen Revolution von 1905 bei, die vom Zarenregime jedoch am Ende niedergeschlagen werden konnte.

Rechneten alle Beobachter 1905 damit, dass Russland Jahrzehnte brauchen werde, bis es sich von diesen Rückschlägen erholt, verlief der Prozess des Wiedererstarkens vergleichsweise rasch. Eine wesentliche Folge der Niederlage im Fernen Osten war, dass sich Russland verstärkt wieder nach Westen wandte. Die wachsenden Spannungen mit Österreich-Ungarn waren eine Folge dessen. Die andere war, dass die Beherrschung der Meerengen wieder ein zentrales Ziel wurde.

Der russische Außenminister Sergej D. Sasonow hatte 1912 in einem Memorandum geschrieben, die Eroberung Konstantinopels würde Russland eine Stellung in der Welt geben, «welche die natürliche Krönung der Anstrengungen und Opfer bilden würde, die wir in den letzten Jahrzehnten unserer Geschichte erbracht haben».<sup>35</sup> Das war jedoch nicht nur Romantik. Ungefähr die Hälfte der russischen Exporte ging über das Schwarze Meer und kam durch die Meerengen auf die Weltmärkte, darunter fast 90 Prozent der russischen Getreideexporte, sowie ein Großteil der Importe für die sich entwickelnde Schwerindustrie in der Ukraine. Als während des Türkisch-Italienischen Krieges 1912 die Türkei die Meerengen für den gesamten Schiffsverkehr sperrte, sanken die russischen Exporteinnahmen um dreißig Prozent.<sup>36</sup> Insofern war aus russischer Sicht die Meerengen-Problematik von weitreichender Bedeutung.

Das Osmanische Reich setzte im Sinne der jungtürkischen Konzepte auf eine rasche Erneuerung der militärischen Kapazitäten. Der deutsche General Liman von Sanders wurde zum Kommandeur der türkischen Truppen gemacht, die die Meerengen zu verteidigen hatten. Bei Krupp wurden Kanonen bestellt, um die Meerengen mit modernsten Kanonen verteidigen zu können. Gleichzeitig gab die Türkei im Januar 1914 den Bau von fünf großen Schlachtkreuzern in Auftrag, drei in Großbritannien und zwei in den USA, im April wurde mit einer britischen Werft der Kauf eines vierten Schlachtschiffes in der Dreadnought-Klasse vereinbart. Damit wäre die türkische Flotte der russischen Schwarzmeerflotte haushoch überlegen gewesen. Die Proteste St. Petersburgs in London ergaben nichts, Außenminister Edward Gray und Marineminister Winston Churchill gaben zu verstehen, dass der Staat sich nicht in privatwirtschaftliche Geschäfte einmische.<sup>37</sup> Die letzte gemeinsame Planungssitzung vor der Julikrise von Heer und Marine unter Vorsitz von Außenminister Sasonow (Februar 1914) befasste sich der Frage, die russischen Streitkräfte so aufzurüsten, dass sie in der Lage sind, Konstantinopel aus eigener Kraft zu erobern. Von Serbien war nicht die Rede.<sup>38</sup>

---

<sup>33</sup> Dietrich Geyer: Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1977, S. 31.

<sup>34</sup> Vgl. ebenda, S. 143ff.

<sup>35</sup> Zitiert nach: Sean McMeekin, a.a.O., S. 51.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 55f.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 57-61, 67-72.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 62, 66.



## Bündnislogiken

Bismarcks Politik war es, innerhalb der europäischen «Pentarchie» immer Sorge zu tragen, dass Deutschland mit zwei der anderen im Einvernehmen bleibt und Frankreich isoliert. Er selbst jedoch hatte die Beziehungen zu Großbritannien ab Mitte der 1880er Jahre absichtlich verschlechtert, weil er befürchtete, ein Kaiser Friedrich würde unter dem Einfluss seiner englischen Frau das deutsche politische System parlamentarisieren. Mit der «Lombardsperr» (1887) vertrieb er die russische Nachfrage nach Krediten vom Berliner Kapitalmarkt. Die wanderte dann nach Paris, wo sie bis zum ersten Weltkrieg blieb. Da Wilhelm II. den Rückversicherungsvertrag mit Russland 1890 nicht erneuerte und Russland befürchtete, ohne Bündnispartner dazustehen, schloss es mit Frankreich 1892 eine Militärkonvention und 1894 einen förmlichen Bündnisvertrag. Damit war die Zweifrontenlage, die Bismarck für Deutschland immer verhindern wollte, hergestellt. Angebote Großbritanniens zu engerer Zusammenarbeit schlug die deutsche Regierung ebenfalls aus; im Gegenteil, die deutsche Flottenrüstung belastete die beiderseitigen Beziehungen dauerhaft. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn, dann auch mit Italien (Dreibund) stellte das deutsche außenpolitische Hinterland dar. Zugleich glaubten die Außenpolitiker in Berlin, der Außenminister und spätere Reichskanzler von Bülow wie die «Graue Eminenz» Friedrich von Holstein, dass die weltpolitische Konkurrenz zwischen Großbritannien und Russland deren Zusammengehen auf Dauer verhindern werde. Die kolonialpolitische Konkurrenz zwischen Großbritannien und Frankreich wiederum schien deren Zusammengehen dauerhaft zu verhindern. All das würde dazu führen, dass Deutschland weltpolitisch freie Hand hätte.

Großbritannien als die entscheidende imperiale Macht sah sich Ende des 19. Jahrhunderts in einer komplizierten Lage. Der Burenkrieg (1899-1902) zur «Abrundung» der Kapkolonie im Süden Afrikas hatte statt der ursprünglich veranschlagten 10 Millionen Pfund 230 Millionen gekostet. Großbritannien brauchte 400.000 Mann an Truppen aus Großbritannien, dazu 50.000 Mann aus Kanada, Neuseeland, Australien und Indien sowie 30.000 Schwarzafrikaner, um 50.000 Buren zu besiegen.<sup>39</sup> Da auch ein großer Teil des politischen Personals, vor allem auch der jüngeren Generation in Großbritannien sozialdarwinistischen Gedanken anhing, wurde dies als Signal gesehen, dass es Zeit wäre, die «splendid isolation» zu beenden. König Edward VII. war es, der – seine konstitutionellen Kompetenzen zum Teil deutlich überdehrend – 1903 die Einigung mit Frankreich vorbereitete, die dann 1904 als Abkommen zur «Entente cordiale» gemacht wurde. Zeitgleich intensivierte Großbritannien die Zusammenarbeit mit Japan, das dann im Fernen Osten Russland besiegte. Danach war dieses 1907 auch zu einer Einigung mit Großbritannien bereit. Damit war die Pentarchie zuungunsten Deutschlands ausgeschlagen. Und da Italien insgeheim unterschiedliche Vereinbarungen mit den Entente-Mächten geschlossen hatte, war der Dreibund nicht wirklich zuverlässig, Deutschland auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn (Zweibund) verwiesen.

Im Juli 1914 fühlte sich Deutschland durch die Entente-Mächte eingekreist, Russland durch die Verbindung zwischen dem Zweibund und dem Osmanischen Reich. Großbritannien, das die Entente-Verträge zunächst eher als kolonialpolitische Einigungen außerhalb Europas angesehen hatte, gehörte in der Bosnischen Krise zu den Unterstützern der russischen Position.<sup>40</sup> Damit war die Entente nun auch auf Europa bezogen. Andreas Rose stellt in seiner Dissertation fest, dass Edward Grey, 1905-1916 britischer Außenminister, bereits 1895 – vor Krüger-Depesche und deutscher Flottenrüstung – der Auffassung war, dass sich Großbritannien in seiner Weltpolitik an die gefährlichsten Feinde anlehnen sollte, was unter dieser Perspektive Russland und Frankreich waren.<sup>41</sup> In diesem Sinne herrschte die Meinung vor, «dass ein unfreundliches Deutschland bei weitem einem unfreundlichen Frankreich oder Russland vorzuziehen sei. Ohne Frage betrachtete London das erstarkende Deutschland mit großem Mißtrauen, aber es war vor allem die Angst vor dem unangreifbar erscheinenden Zarenreich, welches Großbritannien von einer neutralen und ausgleichenden Haltung vor 1914 zurückschrecken ließ.»<sup>42</sup> Großbritannien war nicht mehr Zünglein an der Waage der europäischen Politik, sondern Teil der Problemkonstellationen. In diesem Sinne

---

<sup>39</sup> Andreas Rose: „Unsichtbare Feinde“: Großbritanniens Feldzug gegen die Buren. In: Tanja Bühner, Christian Stachelbeck und Dierk Walter: Imperialkriege von 1500 bis heute, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 2011, S. 238.

<sup>40</sup> Andreas Rose: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München: R. Oldenbourg Verlag 2011, S. 567. Der Autor hat für diese Dissertation eine Reihe von Archiven in Großbritannien ausgewertet, die bisher nicht systematisch in Bezug auf die Außen- und Militärpolitik des Empire gesichtet wurden.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 580.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 590.

kommt auch Christian Wipperfürth am Ende seiner Dissertation zu dem Schluss: «Großbritannien befand sich am Vorabend des Weltkrieges außenpolitisch in einer schier ausweglosen Situation. Trotz des steten Zurückweichens vor russischen (und französischen) Forderungen in Übersee und des Schürens von Spannungen auf dem europäischen Kontinent stand das endgültige Scheitern des (vermeintlichen) Ausgleichs mit Russland kurz bevor. Zudem hatten sich die internationalen Spannungen seit 1913 so dramatisch verschärft, dass ein Kriegsausbruch in naher Zukunft wahrscheinlich schien. Die britische Führung hat diese bedrohliche Situation sicher nicht gewünscht, muss aufgrund ihrer Politik der vorhergehenden Jahre aber als wesentlich mitverantwortlich dafür gelten. Die innenpolitische Situation Großbritanniens war nicht weniger ernst: Die Gegensätze um Irland drohten in einen Bürgerkrieg zu eskalieren.»<sup>43</sup> Das Fazit lautet daher: «Es waren nicht außenpolitische, sondern vielmehr sozialpsychologische und innenpolitische Ursachen, die die britische Politik der Jahre zwischen 1902/04 und 1914 in die Sackgasse führten – bis hin zu der widersinnigen Entwicklung, dass Großbritannien letztlich vor allem aus Angst vor Russland – und nicht etwa vor dem Deutschen Reich – in den Krieg eintrat.»<sup>44</sup>

Am Ende hatten die Koalitionspolitik einerseits und die wechselseitigen Ängste andererseits, gepaart mit der Gier aller imperialistischen Mächte Europas, sich auf Kosten der anderen einen größeren Anteil an den Weltmärkten und der globalen Kolonialbeute zu sichern, zu einer bipolaren Mächtekonstellation geführt, die der Logik der gegenseitigen Vernichtung folgte. Oder, wie Lenin 1915 betonte: «In Wirklichkeit [...] ist das ein Krieg zwischen zwei Gruppen von räuberischen Großmächten um die Aufteilung der Kolonien, um die Versklavung anderer Nationen, um Vorteile und Privilegien auf dem Weltmarkt. Es ist der reaktionärste aller Kriege, es ist ein Krieg der modernen Sklavenhalter für die Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Sklaverei.»<sup>45</sup> Mit dem Eintreten der USA in den Krieg (April 1917) veränderten sich dessen Rahmenbedingungen und die Niederlage Deutschlands war trotz Russischer Revolution – die im Grunde der innere Ausdruck der Kriegsniederlage des russischen Zarismus war – nunmehr ausgemachte Sache. Und die USA schufen die Grundlage für ihre machtpolitische Rolle im 20. Jahrhundert.

---

<sup>43</sup> Christian Wipperfürth: Von der Souveränität zur Angst. Britische Außenpolitik und Sozialökonomie im Zeitalter des Imperialismus, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2004, S. 442.

<sup>44</sup> Ebenda, S. 446.

<sup>45</sup> W. I. Lenin: Über den Krieg. Aufruf. In: Ders.: Werke, Band 21, Berlin: Dietz Verlag 1972, S. 372.